



Interviews

Datum: 19. Juli 2024

Philipp May im Gespräch mit Wolfgang Ischinger

Philipp May: In Milwaukee am Telefon ist jetzt Wolfgang Ischinger, ehemaliger Botschafter Deutschlands in den USA und bis 2022 Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. – Guten Abend nach Milwaukee, Herr Ischinger.

Wolfgang Ischinger: Ja, guten Morgen nach Berlin!

May: Nach Köln! Macht aber nichts. – Was nehmen Sie mit aus der Rede von Donald Trump?

Ischinger: Die Ankündigung, dass das jetzt eine eher einigende, versöhnliche Rede werden würde, die hat er nur halb erreicht. Die hat er nur halbwegs umgesetzt. Er hat – so habe ich das empfunden – in der ersten Hälfte seiner Rede eigentlich in ganz rührender Weise das Attentat beschrieben, den genauen Verlauf des Attentats. Das war menschlich berührend und das war auch nicht mit irgendwelchen Anschuldigungen gegen irgendjemanden verbunden, auch nicht etwa gegen den Secret Service oder irgendwelche Behörden.

Im zweiten Teil der Rede, in dem er sich der Innenpolitik, aber auch der Außenpolitik zuwandte, da blieb Donald Trump eben Donald Trump, und ich habe das, ehrlich gesagt, auch nicht anders erwartet. Er machte seinen Nachfolger Joe Biden für alle Missstände, sowohl was die illegale Migration angeht wie was die Inflation angeht, was die Arbeitsbedingungen angeht, verantwortlich und auch für die Fehler, die in der Außenpolitik begangen wurden, angefangen mit Afghanistan und einer ganzen Reihe von anderen Themen. Da tauchte doch der alte Trump, so wie wir ihn aus seiner ersten Amtszeit kennen, kennengelernt haben, ungeschminkt wieder auf.

May: Rechnen Sie mit einer erneuten Präsidentschaft von Donald Trump?

Ischinger: Ihre Kollegin hat es ja gerade schon gesagt. Ich würde ihrem Urteil voll zustimmen. Stand heute spricht alles dafür, dass die Dynamik auf der republikanischen Seite liegt. Die Zahlen, die man hier vorgetragen hat aus jüngsten Umfragen, gehen alle in die Richtung, dass die Kampagne von Joe Biden in den letzten ein, zwei, drei Wochen zunehmend an Kraft verloren hat, und das Attentat hat in der Tat dazu geführt, dass bei den Republikanern diese Veranstaltung heute zu einer Art Krönungsmesse hochstilisiert wurde. Das war ja ohnehin schon ein Fest der Einigkeit im republikanischen Lager. Es wurde jetzt noch mal eine Stufe höhergehoben. Demgegenüber sind die Demokraten im Augenblick ratlos. Wir müssen jetzt abwarten, ob Joe Biden tatsächlich das berühmte Handtuch wirft. Hier gehen nach meinem Eindruck die meisten davon aus, dass das in kürzester Frist, in den kommenden Stunden oder Tagen passieren wird. Aber dann fängt der schwierige, steinige Weg für die Demokraten erst an, wenn man dann mit einem neuen Zugpferd – das wird dann ja vermutlich Kamala Harris sein müssen – versuchen wird, einen neuen Schwung in eine Kampagne zu bringen.

Andererseits, wenn ich das noch sagen darf, sind es immer noch fast vier Monate bis zum Wahltag und da kann noch viel passieren. Deswegen würde ich sagen, die Sache ist noch nicht ausgestanden und es ist nicht so, dass man heute jetzt fest davon ausgehen sollte, dass das Rennen für die Demokraten verloren und für die Republikaner gewonnen ist. Das wäre, glaube ich, ein kleines bisschen zu riskant, eine solche Vorhersage jetzt.

May: Eigentlich wollte ich den Schlenker zu den Demokraten mit Ihnen später machen, aber wenn wir schon da sind, dann mache ich ihn einfach jetzt. Glauben Sie denn, dass Kamala Harris eine überzeugende Kandidatin wäre, oder würden Sie als demokratischer Strategie jemand anderes ins Rennen schicken?

Ischinger: Ich kann mir alle möglichen Variationen und Optionen vorstellen, aber hier gibt es auch rechtliche und andere, politische Schwierigkeiten und Probleme. Ich glaube, in der Praxis sieht das so aus, wenn dieser Fall eintritt, dass das wohl auf Kamala Harris zulaufen würde, und sie hat einen entscheidenden neuen Vorteil in diesem Wahlkampf. Sie kann das Altersargument, das bisher mit Macht und mit Erfolg gegen Joe Biden ins Feld geführt wurde, gegenüber einem Kandidaten, der demnächst 80 Jahre alt ist, namens Donald Trump ins Gegenteil verkehren und kann darauf hinweisen, dass sie jugendlich frisch ist. Und sie wird ein Thema, bei dem die Republikaner verletzlich sind, mit besonderer Glaubwürdigkeit vertreten können; das ist das Abtreibungsthema. Das heißt, sie hat zumindest eine Chance. Ich

kann nicht beurteilen, wie groß diese Chance sein wird, aber sie hat eine Chance, viele der amerikanischen Frauen, die sich über das Abtreibungsverbot in vielen der Einzelstaaten zurecht ärgern und wütend sind, auf ihre Seite zu ziehen. Insoweit ist die Sache vermutlich noch nicht gelaufen, aber ich vermute mal, die Wettbüros werden in den kommenden Tagen und Wochen den Vorteil in der Tat eher bei den Republikanern sehen. Da müsste wirklich schon ein kleines Wunder passieren, wenn die Demokraten diese große Krise, die sich hier gerade abzeichnet oder vollzieht, mit einem Sieg beenden können.

May: Dann kommen wir noch mal zurück auf Donald Trump. Wäre eine zweite Trump-Präsidentschaft mit seinen Leuten im Weißen Haus, ohne klassische Republikaner alter Schule an seiner Seite, die ihn einhegen wie in seiner ersten Amtszeit, mit diesem Supreme Court, möglicherweise mit einem komplett republikanisch dominierten Kongress, wirklich eine Gefahr für die amerikanische Demokratie, wie es die Demokraten sagen?

Ischinger: Dieses Argument, dass hier die amerikanische Demokratie gefährdet ist, das ist nicht ganz falsch nach all dem, was passiert ist in den letzten Jahren. Aber ich bin nicht so sicher, ob wir, die Europäer die richtigen sind, um uns hier jetzt ein Urteil zu bilden. Da bricht bei mir jetzt der Diplomat durch. Ich scheue mich einfach davor, einem großen Partnerland hier lehrmeisterartig zu sagen, ihr riskiert eure demokratischen Grundfesten. Bisher – und daraus würde ich einen gewissen Optimismus ziehen – hat das amerikanische System die Angriffe, die da zweifellos stattgefunden haben, einschließlich der berühmte 6. Januar in den letzten Jahren und verschiedene andere Dinge, das System hat das überlebt und ich persönlich meine, dass dieses amerikanische System auch eine zweite Trump-Amtszeit überleben wird. Ich gehöre nicht zu denen, die jetzt in Angststarre verfallen. Ich bin aber auch nicht der Meinung, dass es unsere Aufgabe ist, uns die Köpfe der amerikanischen Wähler zu zerbrechen. Das muss der amerikanische Wähler machen und das weiß der amerikanische Wähler auch, auf welche Risiken er sich da möglicherweise einlässt.

May: Aber unsere Aufgabe ist es zweifelsohne, sich die Köpfe darüber zu zerbrechen, was auf uns, was auf Deutschland zukommt, wenn Donald Trump wiedergewählt wird.

Ischinger: Das ist richtig.

May: Worauf muss sich das Land gefasst machen?

Ischinger: Das Land muss sich, wir müssen uns, wir Europäer, nicht nur wir Deutschen müssen uns darauf gefasst machen, dass der Druck, dass der Erwartungsdruck auf noch mehr Leistungen aus Europa für die eigene Verteidigung größer wird, und da werde ich mir jetzt mal doch einen kleinen Ratschlag erlauben. Es ist ganz, ganz falsch, wenn wir jetzt in unserer eigenen Debatte, in der Mediendebatte, in der politischen Debatte wie das Kaninchen auf die Schlange starren und sagen, Trump verstärkt den Druck auf uns. Wenn es um die deutschen Verteidigungsaufgaben geht, dann darf das doch nicht eine Diskussion darüber sein, was Donald Trump von uns oder was die USA von uns erwarten, sondern es muss eine Debatte darüber sein, was wir zu tun haben, um verantwortlich für unsere eigene Sicherheit das Notwendige zu unternehmen. Ich finde, unsere Debatte läuft immer wieder Gefahr, in diese Richtung abzugleiten, dass wir hier den Amerikanern entweder einen Gefallen tun wollen, oder vermeiden wollen, dass wir allzu sehr in die Kritik geraten. Nein, es geht um unsere eigene Sicherheit, das müssen wir selber machen. In der Tat muss da mehr kommen und ich glaube, in der Tat ist, Trump hin oder Trump her, auch von einer zweiten Biden-Administration zu erwarten, dass von uns Europäern erwartet wird, dass wir nach fast 80 Jahren amerikanischen Schutzes doch jetzt versuchen, dieses Image des sicherheitspolitischen Trittbrettfahrens – dieses Image haben wir aus der Sicht vieler Amerikaner -, dass wir das ablegen und zumindest im nichtnuklearen Bereich, im konventionellen Bereich unsere Verteidigung soweit hochfahren, dass wir das notfalls auch ohne amerikanische Präsenz, ohne massive amerikanische Militärpräsenz in Europa tun müssen. Das ist unsere eigene Verantwortung und ich glaube, dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden, Trump hin oder Trump her.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.